

EXTRABLATT

Lesen, wie es
wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019



Das Erfolgsmodell Schweiz 3

Interview
mit alt Bundesrat
Christoph Blocher



Masseneinwanderung 6-7

Arbeit muss sich
wieder lohnen!



Kanton Basel-Landschaft 9-12

Alles Wissenswerte
zu den National-
und Ständeratswahlen



Für eine freie und sichere Schweiz

Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massenzuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungende, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits- und

Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten

Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.

Frei und sicher.



Mit Elan für's Baselbiet! Liste 3
in den Ständerat: Daniela Schneeberger
www.svp-bl.ch

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Gratis-Hotline:
0800 0 1291 0

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr
sind wir für Sie da.

Fragen per Mail:
wahlen@svp.ch

Kommentar

Sie entscheiden!

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylanten, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen, oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen, wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig, Lernziele zu erreichen.

Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-



Albert Rösti
Präsident SVP Schweiz

Fortsetzung auf Seite 2

Alles zu den National- und Ständeratswahlen im



Kanton Basel-Landschaft

Seite 9-12

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.

Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.

Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie eine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz



Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?

Ueli Maurer: Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

« Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. »

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

Guy Parmelin: Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.

Unsere Bundesräte zur Zukunft der Schweiz



Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Ehemaliger Landwirt und Winzer

Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.



Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?

Ueli Maurer: Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber

denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

Guy Parmelin: Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

« Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. »

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

Frei und sicher.

SVP wählen!



www.svp.ch

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz mit einer gelebten direkten Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handelt und einen starken Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und seine Kinder selbst erzieht.



Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

Bald noch weniger im Portemonnaie?

Hier erfahren Sie, wie der rot-grüne Raubzug auf Ihr Geld konkret aussieht:



Höhere Benzinpreise: **Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!**

Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus.

plus Fr. 270.–



Zusätzliche CO₂-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO₂ auf Fr. 210.– oder

von 25 Rappen **auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!**

Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–.

plus Fr. 1'134.–



Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:

Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– **neu Fr. 600.– bis 800.–!**

plus Fr. 400.–



Verbot von Ölheizungen: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt **Fr. 1'128.–!**

plus Fr. 1'128.–



Mehrkosten pro Haushalt und Jahr

«Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?

Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit... und Sie sorgen sich um die Schweiz?

Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?

Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

weder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.

Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.

Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derartigen Kunden diskriminiert keiner.

Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?

Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?

Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.

Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat

Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?

Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Verkehrs-

politik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

« Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? »



der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.

Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.

Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat ent-



Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

laissez aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtstress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?

Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

« Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? »

Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?

«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»



den Verfassungsauftrag jedoch machtbesoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein!

Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die

Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?

Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laissez faire –

Christoph Blocher – kurz & bündig

Geboren: 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinflall – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.



Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economie-suisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP,

Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus

und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

Volkentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmass-

nahmen» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Auto-

Ausweisenzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

«Die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht.»

fahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmass-

nahmen von sofortigem, ewigem tone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kan-

Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.



mehrfähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

EU-Abkommen entmacht die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmacht. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstim-mungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen

«Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»

und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den 194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.

Doch im Jahr 2008 teilte die EU der Schweiz erstmals unmissverständlich mit, dass sie diese Art von bilateralen Verträgen nicht mehr will. Brüssel verlangt statt der Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten neu einen «Rahmen» für alle bisherigen und sämtliche künftigen Abkommen, wonach die Schweiz die von der EU vorgegebenen Änderungen übernehmen muss. Das Resultat entsprechender



Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.



Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal

Mass genommen an uns Schweizern... Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwingt uns in europäische Regelungen, welche nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen. Wir verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof entscheiden. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen.

«Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.»

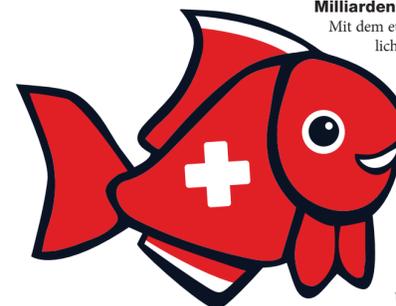
Noch einfacher einwandern

Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet, Aufenthaltsrecht und Familien-nachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zu nehmen und die Wohnungs-knappheit, stei-

gende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer



Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz eintreten.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag**, führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsi-diert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf www.eu-no.ch oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!

Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.



Die Nettozuwanderung ist 2018 mit über 50'000 Personen – das ist einmal die Stadt Biel – immer noch sechsmal höher als der Bundesrat der Bevölkerung bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit weismachen wollte.

von über 15% verteuert unsere Einkäufe. Bewährte Institutionen der Schweiz sind nicht mehr zugelassen: Wasserkraftwerke, Stromnetzanbieter, kantonale Gebäudeversicherungen, SUVA, Kantonalbanken, Spitäler, aber auch in Sport, Kultur und Freizeit! Sogar unser erfolgreiches Ausbildungssystem wäre nicht mehr möglich. Und das «Beste» zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken zahlen! An heutige und zukünftige

EU-Programme und natürlich die Kohäsionsmilliarden!

Stimmrecht aufgeben

Nein! Dieses Korsett lassen wir uns nicht überstülpen! Der Rahmenvertrag stellt den Erfolg und die Selbstbestimmung der Schweiz auf den Kopf. Er nimmt dem Bürger die Stimmrechte weg. Das wollen wir nicht! Der Bundesrat muss den Vertrag entschieden zurückweisen!

Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden. Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag, der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: www.eu-no.ch

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite www.eu-no.ch auf «Kommentiertes Insta»)

Der vom Volk verlangte Inländer-vorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländer-vorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland. Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt. Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.



Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Ein-

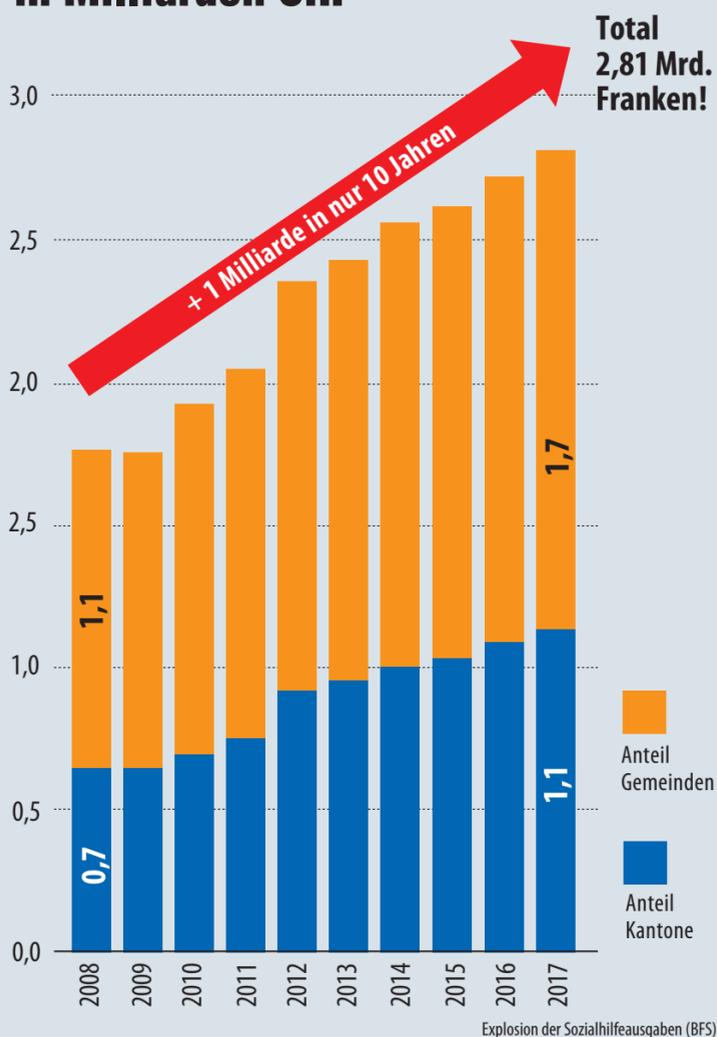
personenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.

Kostenexplosion in der Sozialhilfe in Milliarden CHF



Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee



Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der

Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.

Ja zum Verhüllungsverbot



Frei und sicher.

www.svp.ch

SVP wählen!

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes



Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu.

Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – bei-

spielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will.

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber ent-

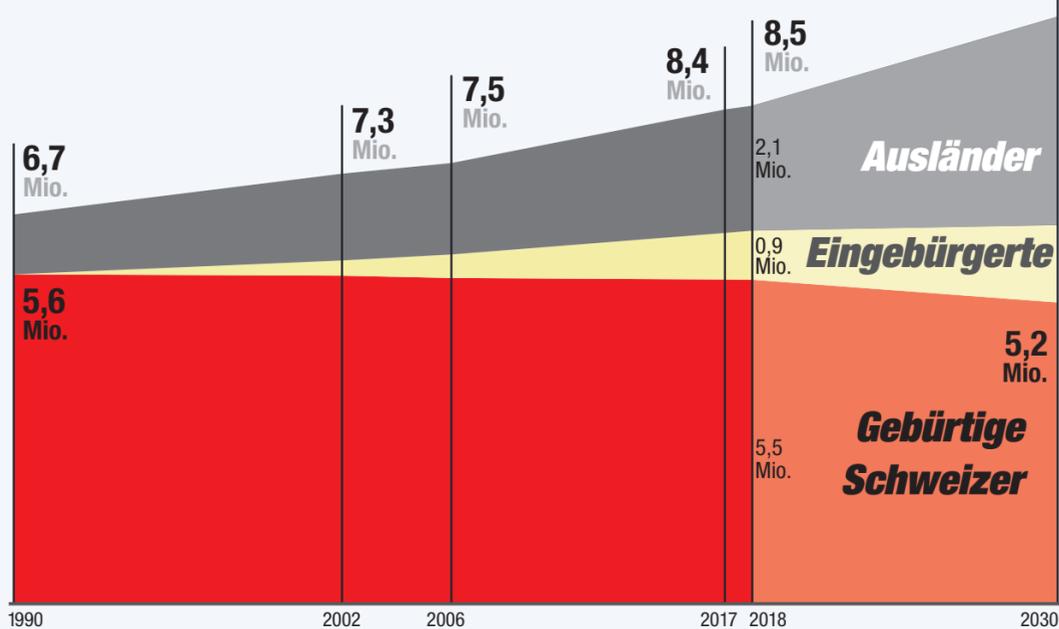
sprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt.

Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

www.begrenzungsinitiative.ch

Schon bald 10-Millionen-Schweiz?

10 Mio.



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.

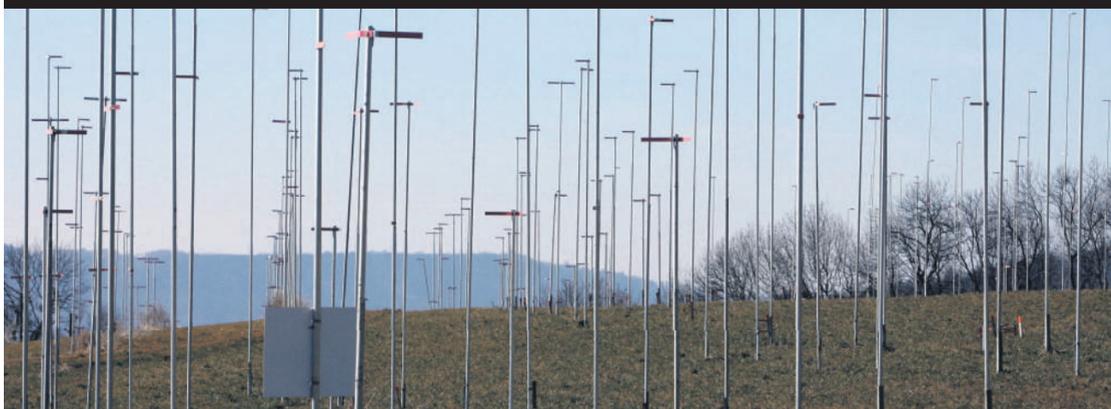
Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter an-

derem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

Schweiz nicht weiter zubetonieren!



Meinung

Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbar. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeich-

nenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen.

Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

Fragen

– zu den Wahlunterlagen?
– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.



Gratis-Wahlhotline:
0800 0 1291 0
Mail:
wahlen@svp.ch



In einer dunklen Kammer...



...kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang ...
Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

www.wahlkampfderfilm.ch



Grosses Wahl-Quiz www.svp.ch/wettbewerb Mitmachen und gewinnen!



1 Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?

- Einverleibung der EU in die Schweiz = FA
 Unterwerfung der Schweiz durch die EU = SV



2 Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?

- rund 100'000 = KE
 rund 1'000'000 = PW



3 Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?

- Mike Shiva = NE
 SVP-Gratis-Wahlhotline = AE



4 Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?

- «Freibier auf sicher» = W
 «Frei und sicher» = H



5 Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?

- Auf mindestens 10 % = S
 Auf mindestens 15 % = LE



6 Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die ‚Fortsetzung‘ des bilateralen Weges?»

- Thomas Matter, SVP-Nationalrat = N
 Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = !

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

1 2 3 4 5 6

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.

Bitte schicken Sie mir:

___ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)

___ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm x 59,4 cm)

- Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):

Ich spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.

Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.

- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

- Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern

E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch



Die Partei des Mittelstandes



Für eine liberale Wirtschaftspolitik!

Die SVP steht ein für eine liberale Wirtschaft und setzt auf eine Wirtschaftspolitik, die auf Wettbewerb und Verantwortung beruht. Dies um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, Effizienz zu steigern, Innovation zu fördern und das Eingehen von Risiken und Unternehmergeist zu belohnen.

bisher



Nationalrat Thomas de Courten

Die Schweizer Volkswirtschaft ist geprägt durch die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). 99,8% aller Unternehmen in der Schweiz sind KMU mit weniger als 250 Mitarbei-

tenden; fast 90 % sind Kleinbetriebe mit weniger als 10 Angestellten. Alle diese „Kleinen“ bieten aber 70% aller Arbeitsplätze in der Schweiz an. Über 80% aller Lehrlinge werden in gewerblichen KMU ausgebildet. Insgesamt sind KMU für 60% der Wertschöpfung in der Schweiz verantwortlich. Rund ein Drittel sind auch grenzüberschreitend und international tätig. Kurz: unsere KMU sind zentral wichtig, wollen wir Wohlstand, Freiheit und sozialen Ausgleich auch für künftige Generationen sichern.

Scharfer Wettbewerb

Unsere KMU sind einem scharfen Wettbewerb ausgesetzt, sowohl auf den heimischen Märkten, wie im internationalen Umfeld. Unternehmertum, Agilität, Engagement, Kundennähe, Fachkompetenz und rasche Entscheidungsprozesse sind ihre Stärken, die sie nutzen, um innovativ und

erfolgreich am Markt zu bestehen, ohne dabei staatliche Hilfe oder Subventionen zu beanspruchen. Charakteristisch für die Schweizer KMU-Wirtschaft ist die Vernetzung in Branchen- und Gewerbeorganisationen, die auch die Sozialpartnerschaft tragen, die uns Stabilität, Verlässlichkeit, Rechtssicherheit und sozialen Frieden garantieren.

Leistungen der KMU-Wirtschaft in Sonntagspredigen der Politik

Diese Leistungen der KMU-Wirtschaft werden in den Sonntagspredigten der Politik oft wortreich anerkannt. Den Schalmeienklängen folgen aber nur sehr spärliche Taten. Das politische Handeln vieler Verantwortungsträger widerspricht ihren Wahlkampf-Versprechen diametral. Überall werden den KMU neue Lasten aufgebürdet, neue Abgaben und Steu-

ern abverlangt, zusätzliche Arbeitgeberbeiträge für die Altersvorsorge, ein neuer Vaterschaftsurlaub, zusätzliche Zertifizierungs- und Bewilligungshürden, strengere Umwelt- und Energievorschriften. Lenkungs- und Emissionsabgaben und Zwangsabgaben durch die vom Bundesrat – auf Veranlassung der Gewerkschaften verordnete Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Die Aufzählung liesse sich beliebig fortsetzen. Die Bürokratie lebt auf.

Die Bürokratie lebt auf

Die fortschreitende Regulierung führt zu Kosten und zu administrativen Lasten, welche die Wettbewerbsfähigkeit der KMU zunehmend und massiv einschränken. Im Jahr 2016 überschritten die Regulierungskosten bereits die 10%-Marke des BIP. Das sind rund 60 Milliarden Franken pro Jahr. Dieses Missverhältnis bestätigt mittlerweile

selbst der Bundesrat – leider ohne aktiv zu werden. Das muss ändern.

Um die Regulierungskosten zu senken, muss der politische Aktivismus eingeschränkt werden. Die Kosten der Regulierungen sind zwingend transparenter offenzulegen, sowohl bei bestehenden Regulierungen, aber auch bei künftigen, neuen Vorschriften. Bei jedem Gesetzesentwurf müssen Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit überprüft und belegt werden. Die konkreten Folgekosten für die KMU sind auszuweisen. Zusätzlich muss sichtbar gemacht werden, welche Ressourcen neue Vorschriften auch im Staats- und Verwaltungsapparat verschlingen werden. Erst in Kenntnis dieser Konsequenzen soll das Parlament über neuen Gesetze entscheiden. Am besten noch verbunden mit der Erfordernis einer absoluten Mehrheit, wie bei der Schuldenbremse.

Politik ist spannend - kostet Nerven - macht aber auch Spass

Politik soll auch Spass machen. Dieses Motto von unserem diesjährigen Bundespräsidenten Ueli Maurer hat mich für diesen Wahlkampf und meine politische Arbeit inspiriert. Meine Schwerpunkte setze ich in der Verkehrspolitik und in der Finanzpolitik. Ein reibungsloser Verkehr ist wichtig für das Gewerbe und die Privathaushalte. Gleiches gilt für tiefe Steuern und Abgaben.

bisher



Nationalrätin Sandra Sollberger

Ich persönlich finde es wichtig, immer wieder zu betonen, dass Politik auch Spass machen darf. Es gibt sehr wohl harte Kämpfe und die Themen sind meistens sehr ernst. Aber trotzdem soll man nach einer politischen Schlacht, ob als Sieger oder Verlierer, wieder aufeinander zugehen können. Demokratische Entscheidungen müssen respektiert werden. Das ist eine wichtige Grundvoraussetzung. Es sollen aber auch immer wieder Kompromisse geschmiedet und neue Allianzen gebildet werden. Gerade in der heutigen Zeit sind wir gut beraten, die Politik auch etwas lockerer zu sehen, uns und unsere eigene Meinung nicht über alles zu stellen. Das bewahrt uns vor Schnellschüssen und ideologischer Verblendung. Ohne Verbissenheit und mit der nötigen Distanz habe ich immer die Freiheit im Blick und setze alle meine Energie für die Freiheit der Schweiz und unserer Bevölkerung ein.

Freiheit heisst

Freiheit heisst auch, sich frei bewegen zu können. Hierfür sind unsere Strassen die zentrale Infrastruktur. Ich setze mich für einen reibungslosen Verkehr ein. Ohne Strasseninfrastruktur gibt es keinen Wohlstand. Insbesondere unser Gewerbe, aber auch die vielfältigen Regionen in unserem Land sind von diesen Lebensadern abhängig. Zig Tausend Stautunden kosten die Wirtschaft bereits mehrere Milliarden Franken. Unsere KMU und die dezentralen Gebiete in der Schweiz können ohne eine funktionierende Strasseninfrastruktur nicht überleben. Die ländlichen Regionen sind die Verlierer, wenn der Autoverkehr vernachlässigt wird. Gleichzeitig leiden auch die Ballungszentren und Hauptverkehrsachsen, wenn wir immer nur noch mehr Geld und Energie in die zentralisierten Infrastrukturen pumpen. Unser System bleibt nur zukunftsfähig und krisenresistent, wenn wir die dezentralen Strukturen stärken und den Individualverkehr nicht weiter vernachlässigen. Aus diesen Gründen gebe ich in der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen „Vollgas“.

Die Finanzpolitik liegt mir am Herzen

Aber auch die Finanzpolitik liegt mir am Herzen. Deshalb bin ich in der nationalrätlichen Finanzkommission aktiv. Hier werden die Weichen für die Staatsausgaben und für die Einnahmen, das heisst die Steuern und Gebühren gestellt. Um den Mittelstand und die Wirtschaft nicht weiter

zu belasten, brauchen wir tiefe Steuern und Abgaben. Aber nach wie vor steigen die Staatsausgaben von Jahr zu Jahr. Dabei wäre es wichtig, dass die finanziellen Begehrlichkeiten von Einzelinteressen in Zaum gehalten werden. Hier möchte ich auch etwas zur aktuellen Klimadebatte sagen. Dass wir zu unserer Umwelt und Natur Sorge tragen müssen, ist selbstverständlich. Die Klimaaktivisten und auch die streikenden Schüler vergessen jedoch, dass wir schon seit über 40 Jahren sehr viel tun und enorm viel Geld für Umwelt- und Klimaschutz

ausgeben. Gemeinden, Kantone und der Bund gaben 2016 6.1 Milliarden Franken dafür aus. Die Ausgaben des Bundes in diesem Bereich haben sich zwischen 1990 und 2016 verdoppelt. 2019 sind es bereits 1.7 Milliarde Franken! Dazu kommt beim Bund noch rund eine Milliarde Franken in den Bereichen Energie- und Klimafor-schung, für Beiträge an internationale Organisationen und Entwicklungszusammenarbeit sowie Landwirtschaft mit Bezug zu Klimaschutz. Einfach blind immer mehr zu fordern, geht für mich nicht auf. Es braucht dabei eine

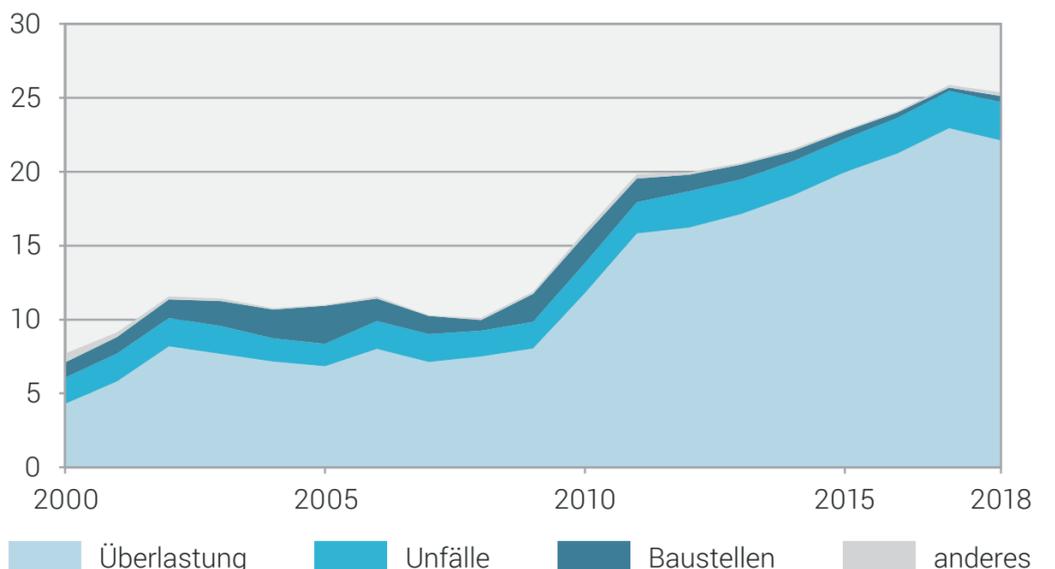
kluge und sachliche Umweltpolitik, keine ideologischen Extremforderungen.

Ich bin motiviert! Es würde mir sehr viel Freude und Spass bereiten, wenn ich das Baselbiet weiterhin in Bern vertreten darf.

Dankeschön für Ihre Unterstützung!

Staubelastung auf dem Nationalstrassennetz

Tausend Stunden



Quelle: ASTRA – Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit der Nationalstrassen

© BFS 2019

Frei und sicher.

Wählen Sie

Liste 3





DIE SCHWEIZ: Einzigartig und bewundernswert!

Die Schweiz ist ein Ausnahmesystem. Kein anderes Land kennt ein vergleichbares politisches System wie die direkte Demokratie. So viele Besonderheiten auf so engem Raum gibt es sonst nirgends. Dies ist nur möglich, weil wir dieser "eigenartigen" Demokratie seit über 150 Jahren Sorge getragen haben.



Parteipräsident Dominik Straumann
e. Landrat und e. Fraktionspräsident

Die Schweiz vereint auf 41'285 km² vier Landessprachen und die zugehörigen Kulturen. Geografisch treffen flache Ebenen auf die höchsten Berge Europas. Genauso vielseitig wie die Landschaft und die Natur, sind die Charaktere, die Brauchtümer und die Dialekte der Schweizerinnen und Schweizer. Unser föderalistisches System ist oft kompliziert, schwerfällig und auch teuer, dafür bietet es einzigartige Vorteile. Wir haben ein System geschaffen, welches ein politisches Gleichgewicht sicherstellt. Kein Politiker, keine Gemeinde, kein Kanton, kein Verband und keine Partei verfügt über die absolute Mehrheit.

Das Privileg, mitbestimmen zu dürfen

Das Schweizer System mit seinen zwei Kammern, dem Ständemehr bei Volksabstimmungen und dem Initiativ- und Referendumsrecht ist einzigartig und zeigt, wer in der Schweiz das letzte Wort hat – das Stimmvolk. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in Deutschland konnten seit 1970 insgesamt an zehn Volksabstimmungen mitbestimmen. In der gleichen Zeit nahmen Schweizerinnen und Schweizer 405 Mal den Gang an die Urne wahr. Wer also soll der Schweiz erklären, wie Demokratie funktioniert?

Die Europäische Union war ursprünglich eine sehr gute Sache. In den 1950er Jahren setzte sich diese zum Ziel, durch gezielte wirtschaftliche Verflechtungen militärische Konflikte zu verhindern und durch den grosseren Markt das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen, um den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger zu steigern. Dies war eine konsequente Folge im Zusammenhang mit dem Nachkriegsaufbau.

Die EU hat sich nun deutlich ausgedehnt, sich weit von ihren Grundzielen entfernt und der zentralen Leitung und Bürokratie eine ausserordentliche und nicht mehr demokratisch legitimierte Macht beschert. Wie war dies mit der letzten Abstimmung zum Waffenrecht und Schengen Dublin? Mit welchen Sanktionen hat die EU der Schweiz erfolgreich gedroht? Erinnern wir uns an unsere Wurzeln, den Rütlichswur:

Der Rütlichswur

"Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr."

"Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eher den Tod, als in der Knechtschaft leben."

"Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen."

In diesem Zusammenhang stellen sich mir wichtige Fragen:

- Ist es richtig, dass die EU bei innenpolitischen Themen der Schweiz mitredet?
- Darf eine souveräner und eigenständiger Staat die Zuwanderung nicht selbst bestimmen, kontrollieren und Auflagen dazu erlassen?
- Wer bestimmt in Zukunft über die Gesetze, Reglemente und Vorschriften in der Schweiz?
- Wie weit sollen die Einschränkungen der Eigenständigkeit und der Freiheit der Schweiz durch die EU noch gehen?

Der Rütlichswur hat klar Position bezogen und das müssen wir auch!

Wenn wir Schweizerinnen und Schweizer weiterhin in unserem wunderbaren Land leben wollen, in dem die Sicherheit hoch ist, man sich frei bewegen und äussern kann, der Schutz von Eigentum gewährt ist, dann müssen wir zu all dem Sorge tragen und

konsequent handeln. Die EU stellt sich eine andere Gesellschaft vor, als sie in der Schweiz existiert. Die EU strebt andere Werte an und hat ein anderes Verständnis von Demokratie.

Wehret den Anfängen - aber das haben wir verpasst! Es ist bereits 5 vor 12.

Darum ist es jetzt Zeit, wieder stolz darauf zu sein, was unsere Gesellschaft

und unsere Vorfahren sich hart erarbeitet haben. Darum fordere ich Sie auf zu handeln:

Nehmen Sie ihr Wahlrecht am 20. Oktober wahr. Unterstützen Sie die SVP und wählen Sie mich in den Nationalrat, damit ich für unsere Werte und für die Interessen der Schweiz eintreten kann. Und überzeugen Sie Ihre Freunde, Nachbarn, Bekannte, sich Ihnen anzuschliessen.

Frei und sicher.

**Ich will's
Ich wähl's
Liste 3**



Die "rechtteste" Nationalratskandidatin der Schweiz

Eine Auswertung der Wahlplattform Vimentis hatte im 2011 ergeben, dass ich die rechtteste Nationalratskandidatin der Schweiz sei. Die Auswirkung dieser Überschrift hatte beinahe eine Kündigung meines früheren Arbeitgebers bei der Bundeskriminalpolizei zur Folge, obwohl meine Ausführungen im Text absolut nachvollziehbar waren.



Landrätin Jacqueline Wunderer

mit all ihren Vorzügen wird zunehmend bedroht; wir riskieren, unsere Eigenständigkeit, unsere Neutralität und unsere Souveränität zu verlieren.

Es geht vielen von uns, einfach zu gut...

Es geht vielen von uns einfach viel zu gut. Das Engagement für die Freiheit erscheint mir heute wichtiger denn je. Trotz den grossartigen Erfolgen der letzten Jahrzehnte, welche uns die offene Marktwirtschaft und der globale Freihandel gebracht haben, befindet sich die freiheitliche Ordnung auf dem Sinkflug. Dies nicht zuletzt, weil dem Liberalismus jene negativen Folgen untergejubelt werden, die nicht ihm, sondern fehlgeleiteten Staatsinterventionen zu verdanken sind. Unvorhergesehene Effekte staatlicher Regulierung werden zum Anlass genommen, mehr Markteingriffe zu fordern. Nicht nur die Überregulierung gefährdet unsere Gesellschaft, sondern auch die zunehmende Zentralisierung und Abkehr vom schweizerischen Milizprinzip. Gefahr für die freiheitliche Ordnung lauert auch auf den Finanzmärkten, dem aktuell meist reguliertesten Bereich überhaupt. Die zunehmende Verstaatlichung verursacht auch im Gesundheitswesen Probleme. Aufgrund des staatlich verord-

neten Drittzahler-Systems findet ein überproportionaler Anstieg der Kosten und Prämien statt. Hier wäre mehr Eigenverantwortung ein möglicher Lösungsansatz.

Klimaaktivisten

Zu guter Letzt, die Klimaaktivisten und Streikenden, welche glauben, die Klimaveränderung sei das dringendste und prioritärste Problem überhaupt. Für die Ärmsten dieser Welt ist gemäss MY-World Umfrage der UNO beispielsweise das Thema Klimawandel an letzter Stelle der Prioritätenliste (Platz 16) und die Gesundheit, Bildung, Arbeitsplätze und Nahrung schwingen oben auf. Für die Armen wäre eine gutfunktionierende Marktwirtschaft, die sie widerstandsfähig gegen Naturgefahren macht und ihnen Verbesserungen, wie z.B. Malariainfektionen, bieten könnte, nützlicher als ein illusionärer Klima-Etatismus. Im Energiebereich wird oft behauptet, dass Solar- und Windenergie billiger seien als fossile Brennstoffe, wobei unterschlagen wird, dass erneuerbare Energien vom Steuerzahler weltweit mit 129 Milliarden Dollar pro Jahr subventioniert werden, aber nur 1 Prozent der Versorgung ausmachen. Anstatt Milliarden von Steuergeldern in den ungewissen Kampf gegen Kli-

mawandel zu stecken (obwohl sich das Klima unweigerlich wandeln wird) könnte man die tatsächlichen Bedürfnisse dort befriedigen, wo sie auftreten, etwa mit dem Bau von Dämmen zur Verhinderung von Überschwemmungen. Selbstverständlich kann sich jeder einzelne von uns umweltgerecht verhalten, wenn er sich bei täglichen Abläufen etwas einschränkt. Wie uns die Geschichte lehrt, muss jede Generation die Freiheit für sich neu erkämpfen. Wir sind also gefordert, für unsere Schweizer Werte einzustehen, damit unser Land frei und sicher bleibt. Eine von Freiheit und Selbstverantwortung getragene sichere Schweiz kann nur bestehen, wenn Sie

am 20. Oktober 2019 von Ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und die SVP Liste 3 einwerfen. Es würde mich freuen, wenn Sie meine Wahl unterstützen würden, nicht zuletzt auch deshalb, weil ich in meiner heutigen beruflichen Tätigkeit als Gastronomin die zunehmenden Probleme dieses Gewerbes schmerzlich miterlebe und die weit über 800 Hotellerie und Gastronomiebetriebe im Kanton Baselland, welche Tausende von Arbeitsplätzen generieren, eine authentische Stimme in Bern wirklich verdient haben.

Herzlichen Dank.



Wie ist es heute? Auch heute stehe ich bei all meinen Auswertungen auf der rechten Seite, dies ganz einfach deshalb, weil ich meiner Gesinnung treu geblieben bin und weil ich aus Überzeugung die jeweiligen Fragen mit Ja oder Nein und eher selten mit «eher ja» und «eher nein» beantworte. Ich kann und will mich nicht selber belügen, nur um den Anschein zu erwecken, eine dehnbare «Mitte-Politikerin» zu sein, die der breiten Masse. Heute ist es wichtiger denn je, klar Position zu beziehen, denn die Schweiz



Sicherheit ja – Abzocke und Schikane nein

Die Eintreibung von Bussgeldern ist ein alljährlicher Dauerbrenner. Für das Jahr 2019 rechnen die Regierungen von Deutschschweizer Städten und Kantonen mit rund 285'000'000 Franken Bussgeld-Einnahmen.



Landrätin Caroline Mall

Der Kanton Basellandschaft ist mit einer durchschnittlichen pro Kopf Busse von 77 Franken und einem

Budget von 22'000'000 Franken auf dem stolzen Platz 5 der 23 aufgeführten Deutschschweizer Kantone und Städte.

Wir sind uns alle einig, dass die Verkehrssicherheit das vorrangige Ziel der verstärkten Geschwindigkeitskontrollen für Temposünder sein muss. Bei den neuen semistationären Radaranlagen, welche wechselnd an unterschiedlichen Orten anzutreffen sind, muss man sich ernsthaft fragen, ob die Verkehrssicherheit den Ausschlag gab oder nicht eher die Möglichkeit der Geldbeschaffung für die Staatskasse im Vordergrund stand. Ein jährliches Budget von rund 22'000'000 Franken macht eben schon eher den Anschein, die Staatskasse mit Bussgeldern

künstlich frisieren zu wollen; das geht einfach nicht an.

Radarkästen

Radarkästen, die unmittelbar vor einer Temp-50-Ende-Tafel platziert werden oder aber auf absolut übersichtlichen Strecken ausserhalb von Wohngebieten, auf denen weder Fussgänger, Kinder, Schulen, Altersheime, Radfahrer anzutreffen sind, dienen nicht der Prävention sondern dürfen als schikanöses Handeln und als Geldbeschaffung bezeichnet werden.

Vermissen tue ich semistationäre Radaranlagen an Orten, an welchen die Verkehrssicherheit aufgrund des Individualverkehrs nicht oder nur teilweise gewährleistet ist. Offensichtlich

sind diese Geldeintreiber-Standorte zu wenig attraktiv, weshalb sie gänzlich fehlen.

Geldeintreiber-Standorte

Im Kanton Basellandschaft fällt zudem auf, dass diese Kontrollkästen nicht an den festgestellten Unfallschwerpunkten stehen; ein Zeichen, dass es mit der Unfallprävention doch nicht so ernst gemeint ist.

Für mich gilt ganz klar: Verkehrssicherheit ja, Schikane und Staatskassen füllen nein. Die Geschwindigkeitskontrollen sollen und müssen dort vorgenommen werden, wo auch nachweislich die Verkehrssicherheit nicht oder ungenügend gewährleistet ist. Daran soll sich in Zukunft unser Kanton hal-

ten. Die Budgeterwartungen würden schwinden und unser Kanton wäre mit Sicherheit ein Vorbild, um – ohne Schikanen – die Verkehrssicherheit zu gewährleisten!

22'000'000 Franken

Es gilt nun vom Kanton in Erfahrung zu bringen, wer die Verantwortung für die Standortwahl von semistationären Radargeräten hat. Weiter soll der Kanton Rechenschaft darüber ablegen, für was er genau die Einnahmen von rund 22'000'000 Franken verwendet. Aktuell fliessen diese Gelder in die allgemeine Staatskasse. Der Verwendungszweck ist nämlich nicht geregelt. In Bundesbern sind schon mehrere Vorstösse zu dieser Thematik eingereicht worden; leider oft ohne Erfolg!

Finanznotstand – Keine Finanzierungen zu Lasten der Jungen Generation.

Seit Monaten werden wir auf allen Medienkanälen zugemüllt mit dem Wort "Klimanotstand". Wir haben riesige Finanzierungsprobleme, die leider zu wenig Beachtung finden. AHV-Finanzierung, Pensionskassenfinanzierung, Krankenkassenprämienfinanzierung und drohende massive Steuerausfälle in Milliardenhöhe bei den juristischen Personen. Nein, nicht wegen der Steuervorlage 17 sondern wegen Plänen der G20, die Tech-Giganten in Europa im Visier haben. Auch die Schweiz könnte davon betroffen sein. Das heutige System könnte bereits Ende 2020 wieder kippen.



Andreas Spindler

Seit der Einführung der AHV ist die durchschnittliche Lebenserwartung von 12 (Männer) und 14 (Frauen) Jahren beim Eintritt in das Rentenalter auf ca. 20 bzw. 22 Jahre gestiegen. Diese Zahlen zeigen uns klar auf, dass wir uns dieser Frage nicht verschliessen

und auf eine bessere Zukunft hoffen dürfen. Zuwarten auf Kosten der nächsten Generationen ist unverantwortlich. Eine Anpassung des Rentenalters auf 65/65 oder 66/66 zeichnet sich ab.

Schmerzhafte Schritte

Wie schmerzhaft solche Schritte sind, müssen aktuell die Versicherten einer Pensionskasse erleben. Sie finanzieren in übermässigem Anteil ältere Generationen. Zu lange hat man zugeschaut und wenn die Negativzinsphase noch lange andauert (was wahrscheinlich ist) wird es noch schmerzhafter. Zu lange wurde gewartet bis der Wechsel vom Leistungs- in ein Beitragsprimat erfolgte. Ausfinanzierungen in Milliardenhöhe waren in der ganzen Schweiz fällig. Allein im Kanton Baselland kostete die Umstellung der Basellandschaftlichen Pensionskasse weit mehr als 2 Milliarden, notabene finanziert durch den Steuerzahler.

Es wird Zeit, bei AHV und Pensionskassen die technischen Parameter zu entpolitisieren.

Alle bisherigen Versuche, den Anstieg der Krankenkassenprämien zu stoppen scheiterten, weil immer nur an einer Säule des Systems Kosteneinsparungen verlangt werden (Prämienzahler / Pharmaindustrie / Leistungserbringer (Spitäler und Ärzte)). Es werden nur Vorlagen eine Chance haben die gleichzeitig bei allen 3 Säulen Kostendämpfungen bewirken.

automatischer Informationsaustausch; Verlust Steuerprivilegien

Das Ende des Bankgeheimnisses, der automatische Informationsaustausch, die Aufhebung von Steuerprivilegien für Statusgesellschaften; dies alles ist durch Druck von aussen entstanden. Nun gibt es neue graue Wolken am Finanzhimmel. Die OECD hat 2014 das

Projekt BEPS (Base Erosion and Profit Shifting) lanciert. Mit diesem Projekt will man die Steuereinnahmen in Europa umverteilen. In Ungarn sind Firmensteuern bei rund 9% bei uns bei rund 17% und in Frankreich bei rund 33%. In einem ersten Schritt will man den Steuerwettbewerb ausschalten und ist dies erst einmal geschafft, dann hat man alle Möglichkeiten die Steuern schrittweise anzuheben. Das Diktat über unsere Einnahmen übernehmen Organisationen ausserhalb der Schweiz, die weder demokratisch legitimiert, weder noch von uns gewählte Gremien sind.

Beabsichtigt wird, dass Steuern dort anfallen, wo die Gewinne erzielt werden. Kleine Länder wie die Schweiz, die aus vielfältigen Gründen attraktiv für viele Grossfirmen sind, würden zu den Verlierern zählen. Gemäss Recherchen der NZZ könnten die Steuerausfälle in der Schweiz bis zu 10 Milliarden betragen.

Noch geht es der Schweiz gut

Noch geht es der Schweiz relativ gut im Finanzbereich. Gerade deshalb müssen wir auf weitere Angriffe von aussen auf unser Geld gewappnet sein. Ich will mich in Bern einsetzen, dass man sich diesen Themen widmet bevor es zu spät ist. Es braucht eine starke bürgerliche Finanzpolitik und ich möchte meinen Beitrag dazu leisten. Leben auf Kosten der jüngeren Generationen kommt für mich nicht infrage und darum bitte ich viele junge Wähler an die Urne zu gehen und die Liste 3 einzulegen. Ich werde mich in Bern für diese Anliegen einsetzen.

Quellen: NZZ, OECD, KPMG

Mir luege zum Baselbiet



Die Gründung der SVP Baselland geht auf das Jahr 1925 zurück. Hervorgegangen aus der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei des staatstragenden Mittelstandes setzt sich die SVP fortwährend für ein selbstständiges und prosperierendes Baselbiet ein. Seit 1939 ist sie auch Regierungspartei.

Die SVP Baselland engagiert sich für bürgerliche Werte, für Freiheit, für Recht und Ordnung, für das private Eigentum, für die wirtschaftliche Entwicklung und für ein lebenswertes Baselbiet mit all seinen Sitten und Gebräuchen sowie unverwechselbaren Landschaften. Sie ist heute die zweitstärkste bürgerliche Kraft im Kanton und stellt knapp ein Viertel der Landräte, zwei Nationalräte und einen Regierungsrat. Auch in den Gemeinden, an den Gerichten und in zahlreichen Fachgremien, Kommissionen und Aufsichtsgremien engagieren sich Mitglieder aus unseren Reihen für die Zukunft des Kantons und im Interesse seiner Bürgerinnen und Bürger.

Die SVP ist flächendeckend im ganzen Kanton vertreten. In über 25 aktiven Sektionen betreiben wir eine bürgernahe Politik. Entschlossen und wirkungsvoll treten wir für unsere Werte ein.

Wir heissen Sie herzlich willkommen, sich an dieser Entwicklung gemeinsam mit uns zu beteiligen.

SVP
Baselland
www.svp-bl.ch





Die Verrohung der Gesellschaft müssen wir verhindern

«Halt Polizei!» steht auf dem Schild vor mir. Ich fahre zur Kontrollstelle, schalte den Motor aus und lasse das Fenster runter. Ein Polizist kommt auf mich zu und begrüsst mich freundlich.



Landrat Reto Tschudin
Sektionspräsident Liestal und Umgebung

Nachdem er meine Papiere kontrolliert hat, wünscht er mir einen schönen Abend und gute Fahrt. Diese Situation kennen Sie sicherlich auch liebe Leserin, lieber Leser. Es ist für uns eine ganz normale Polizeikontrolle ohne Panzersperren, ohne schwere Ge-

schütze und ohne willkürliche Anschuldigungen oder Bussen, welche in die eigene Tasche wandern.

Für uns Schweizer ist dies in einem derart gut organisierten und funktionierenden System eine Selbstverständlichkeit. Dass dem so ist und auch so bleibt, ist allerdings nicht selbstverständlich. Denn -zig Beispiele aus anderen, auch europäischen Ländern, zeigen, dass dort etliche Behörden anders funktionieren als bei uns und somit anders als wir es erwarten.

Gleiches Recht für alle

Der Erfolg des Schweizer Modells basiert auf den Grundsätzen «gleiches Recht für alle» und «konsequente Rechtsanwendung» und verhindert dadurch Willkür und Korruption. Dieses System verlangt allerdings ein gewisses Mass an Eigenverantwortung der Bevölkerung im Umgang mit den geltenden Regeln und insbesondere im Umgang mit den Mitmenschen.

Leider geht genau diese Tugend immer mehr verloren. Der Respekt vor dem andern und insbesondere vor der Staatsgewalt schwindet je länger je mehr. Immer öfter werden Polizisten oder Verwaltungsmitarbeitende verbal, ja gar tätlich, angegangen. Wehren sie sich dann, schreit die politische Linke sofort «Polizeigewalt» und «Staatsterror» und legitimiert dadurch die Verrohung der Gesellschaft.

Polizeigewalt - Staatsterror

Dies gilt es zu verhindern! Ich wünsche mir, dass meine Kinder noch in einer Schweiz aufwachsen können, in der man sich gegenseitig respektiert, in einer Schweiz also, in welcher noch Polizeikontrollen ohne gepanzerte Fahrzeuge oder schwere Geschütze möglich sind, in einer Schweiz eben, in der Recht und Gesetz noch geachtet und respektiert werden. Damit dies so bleibt, erscheint es mir unumgänglich, bereits heute die Notbremse zu ziehen. Gewalt gegen Behörden, Beamte und

auch Lehrpersonen kann nicht länger als Kavaliersdelikt hingenommen werden. Die Strafen müssen in solchen Fällen einschneidend und für die Delinquenten spürbar sein. Bedingte Geldstrafen sind sicherlich der falsche Weg. Wer randaliert und zum Beispiel Polizisten beschimpft, sollte seinem Arbeitgeber erklären müssen, weshalb er ein paar Tage nicht zur Arbeit erschienen ist. Denn nur wer einsieht, dass sein Verhalten falsch war, ändert es auch.

Das blosses Ermahnen reicht nicht

Das blosses Ermahnen reicht leider nicht mehr aus. Hier sind wir wieder beim Thema Eigenverantwortung. Immer weniger Eltern wissen über die Freizeitaktivitäten ihrer Kinder Bescheid und interessieren sich überhaupt dafür. Aber immer mehr Kinder und Jugendliche delinquieren. Während nämlich die Zahl der Strafverurteilungen von Erwachsenen in den letzten Jahren leicht rückläufig war,

stieg die Zahl der Verurteilungen von Jugendlichen an. Leider nimmt die Zahl der jugendlichen Straftäter zu, die für Gewalt gegen Dritte verurteilt werden.

Mangelnder Respekt

Der mangelnde Respekt vor anderen Personen - sei es vor hoheitlich handelnden oder einfach vor anderen Bürgern - basiert meines Erachtens auf der fehlenden Sensibilisierung im Elternhaus. Denn Anstand lernt man noch immer zu Hause. Packen wir es also gemeinsam an und sorgen dafür, dass Anstand und Respekt in unserer Gesellschaft nicht verloren gehen. Verstösse gegen die entsprechenden Gesetze müssen konsequent und für die Täter spürbar geahndet werden.

Frei und sicher.



Mit Elan für's Baselbiet! Liste 3
in den Ständerat: Daniela Schneeberger

www.svp-bl.ch



1. Stimmcouvert öffnen und Unterlagen entnehmen.



2. Nationalrats-Wahlzettel SVP Liste 3 abtrennen.



3. Wahlzettel SVP Liste 3 ins kleine Couvert legen.



4. Ständeratsliste ausfüllen mit Daniela Schneeberger.



5. Ständeratsliste auch ins kleine Couvert legen.



6. Stimmrechtsausweis unterschreiben.



7. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen.



8. Couvert auf die Post oder Gemeinde bringen.

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Gratis-Hotline: 0800 0 1291 0

Kostenlose kompetente Auskunft! Ab dem 13. September bis zum 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 – 18.00 Uhr für Sie da. **Fragen per Mail: wahlen@svp.ch**